

An aerial photograph showing a stark contrast between a deforested, brownish landscape on the left and a forested area on the right. A river flows through the center, and thick white smoke or steam rises from the forested side, suggesting a fire or industrial activity. The text is overlaid on the top half of the image.

Urwaldschutz ist Klimaschutz:

Zwei Milliarden
Euro für das Leben
auf der Erde

Wie Deutschland und die G8-
Staaten den Klimawandel
durch Geld für Urwaldschutz
aufhalten können

GREENPEACE

www.greenpeace.org

„Die Einschränkung von Abholzung ist eine äußerst rentable Möglichkeit zum Reduzieren von Treibhausgasemissionen.“

Sir Nicholas Stern, Stern-Report (2006)

Urwaldschutz ist Klimaschutz

Der Klimawandel und der rapide Verlust der biologischen Lebensgrundlagen sind die beiden größten ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Menschheit bringt das Weltklima durch ungebremste Treibhausgas-Emissionen aus dem Gleichgewicht. Zugleich verschlingt eine wachsende Weltwirtschaft und ihr Hunger nach Ressourcen immer mehr Natur.

Besonders dramatisch ist die fortschreitende Zerstörung der letzten intakten Urwälder. Mit den Urwäldern der Erde in den Tropen, aber auch im Norden verschwindet eine einzigartige Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Mit den Wäldern geht aber auch die Lebensgrundlage von Millionen Menschen verloren.

Kaum beachtet wird, dass die Waldzerstörung auch massiv zum Klimawandel beiträgt: Rund 20% der Treibhausgase entstehen durch Abholzung und Brandrodung von Wäldern für Holzgewinnung, Plantagenanbau und Viehzucht. Das ist mehr CO₂ als der weltweite Verkehr ausstößt.

Klimaexperten weisen darauf hin, dass Urwaldschutz eine der effizientesten und kostengünstigsten Methoden ist, um den Klimawandel zu bremsen.

Greenpeace fordert die Bundesregierung und die übrigen G8-Staaten deshalb auf, ab 2009 bis 2013 jeweils zwei Milliarden Euro jährlich in den Urwald- und damit Klimaschutz zu investieren.

Die Urwälder verschwinden

Die Zerstörung der natürlichen Lebensräume und Ökosysteme schreitet immer schneller voran. Das gilt besonders für die Urwälder der Erde, die die Menschen mit Rohstoffen, Nahrung, Trinkwasser, sauberer Luft, Niederschlägen und vielen anderen »Ökosystemleistungen« versorgen.

- > Noch nie wurde die Natur durch den Menschen stärker und schneller verändert als in den letzten 50 Jahren.¹
- > Die Rate des Arten- und Lebensraumverlustes liegt heute rund 1000 mal höher als die natürliche Aussterberate.²
- > Mehr als zwei Drittel aller an Land existierenden Arten leben in Wäldern.³
- > Die weltweite Entwaldung steigt weiter an: Pro Jahr gehen rund 13 Millionen Hektar Wald – die Fläche Griechenlands – verloren, am stärksten in den tropischen Urwaldgebieten.⁴
- > Die tropischen Regenwälder sind innerhalb der letzten 50 Jahre auf die Hälfte ihrer ursprünglichen Größe geschrumpft.⁵
- > Die globale Waldvernichtung ist die zweitgrößte CO₂-Quelle nach dem Energiebereich und verursacht rund 20 % der weltweiten CO₂-Emissionen, mehr als der globale Verkehr (14 %).⁶

Urwaldschutz ist weit mehr als Natur- und Artenschutz. Urwaldzerstörung und Klimawandel sind eng miteinander verbunden. Der Klimawandel bringt die Ökosysteme der Wälder aus dem Gleichgewicht. So stellte der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) fest, dass bei einem Anstieg der mittleren globalen Temperatur um 2,5 Grad bis zu 80 % des Amazonas-Regenwaldes kollabieren könnten.⁷

Umgekehrt heizt die Vernichtung der Urwälder den Klimawandel weiter an. Allein die Torfböden des Regenwaldes in der indonesischen Provinz Riau speichern 14,6 Gigatonnen Kohlenstoff. Die Zerstörung dieser Torfurwälder, die in zunehmendem Maße abgebrannt und in Palmölplantagen umgewandelt werden, würde Treibhausgas-Emissionen freisetzen, die dem weltweiten Ausstoß eines ganzen Jahres entsprechen. Der in den Pflanzen und Böden der Urwälder gebundene Kohlenstoff darf nicht als CO₂ in die Atmosphäre gelangen, wenn ein unkontrollierbarer Klimawandel verhindert werden soll. Der Schutz von Urwäldern bewahrt also nicht nur eine unersetzbare Vielfalt an Lebewesen und Ökosystemen, sondern ist auch eine der wichtigsten Maßnahmen zum Schutz des Klimas.

Kein Geld für Urwaldschutz?

2002 beschloss die UN-Staatengemeinschaft in Johannesburg, den Artenverlust bis 2010 »signifikant zu reduzieren«. Für Europa einigten sich die Regierungschefs der EU 2001 in Göteborg sogar darauf, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 ganz zu stoppen.

Die UN hatte bereits 1992 die »Konvention zur biologischen Vielfalt« (CBD) ins Leben gerufen. Sie ist das weltweit einzige völkerrechtlich verbindliche Abkommen zum Schutz des Lebens auf der Erde. Die über 180 Vertragsstaaten der CBD einigten sich 2004 darauf, ein weltweites Netz von Schutzgebieten für alle Lebensraumtypen einzurichten – bis 2010 an Land und bis 2012 auf See. Doch den Versprechungen folgten zu wenig Taten:

- > 14 Jahre nach Inkrafttreten der CBD sind weltweit erst 11 % der Lebensräume an Land und weniger als ein % der Meeresgebiete unter Schutz gestellt. Oft existieren diese Schutzgebiete nur auf dem Papier (»paper parks«).

1 Millennium Ecosystem Assessment (2005)

2 Millennium Ecosystem Assessment (2005)

3 FAO Global Forest Resources Assessment (2005)

4 FAO Global Forest Resources Assessment (2005)

5 Dierßen/Huckauf: Biodiversität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3/2008, S. 5

6 vgl. Stern-Report (2006); IPCC Vierter Sachstandsbericht (2007)

7 IPCC: <http://www.ipcc.ch/graphics/graphics/ar4-wg2/ppt/wg2-ts-spm-figs.ppt> Folie 11

- > Die Industriestaaten kommen ihrer Verpflichtung, den Entwicklungsländern »neue und zusätzliche Finanzmittel« zur Umsetzung der Konvention bereit zu stellen (Art. 20 CBD), nicht nach.
- > Die gesamte CBD, vor allem aber die Einrichtung von Schutzgebieten, ist dramatisch unterfinanziert.

Die Kosten für die Einrichtung eines weltumspannenden Netzes von Schutzgebieten an Land und auf See wird auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Etwa genausoviel würde es kosten, wenn man nicht nur Waldschutzgebiete einrichtet, sondern auch Wirtschaft und Bauern für entgangene Einnahmen (Opportunitätskosten) entschädigen will, um die Entwaldung möglichst umfassend zu stoppen. Zur Zeit werden weltweit pro Jahr aber erst rund 8 Milliarden Euro für Schutzgebiete ausgegeben, überwiegend aus öffentlichen, aber auch aus privaten Quellen. Doch das Geld wird fast ausschließlich in den entwickelten Ländern eingesetzt. Nur rund eine Milliarde Euro kommt in Entwicklungsländern zum Einsatz, also dort, wo sich die größte Artenvielfalt der Erde findet.

3

Um den Verlust biologischer Vielfalt zu stoppen und rückgängig zu machen, muss primär in den Entwicklungsländern gehandelt werden, wo der Reichtum der Naturschätze am größten ist, während die Nutzeffekte des Ressourcenschutzes allen Ländern zugute kommen.

OECD, Environmental Outlook 2007

Deutschland und die G8-Staaten in der Pflicht

Woher aber sollen die notwendigen 30 Milliarden Euro für den Waldschutz weltweit kommen? Die reichen Industriestaaten tragen hier eine besondere Verantwortung. Sie sind die Hauptverursacher des Klimaproblems: rund 80 % der Treibhausgase, die heute in der Atmosphäre den Klimawandel verursachen, stammt aus den früheren Emissionen der »G8«-Staaten.⁹ Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die Staaten, die das Klimaproblem hauptsächlich verursacht haben, auch das meiste zu seiner Lösung beitragen. Zwar verursachen mittlerweile auch die Schwellenländer China, Indien und Brasilien massive CO₂-Emissionen, Tendenz steigend. Aber zum einen beträgt der Pro-Kopf-Ausstoß dieser bevölkerungsreichen Länder nur einen Bruchteil desjenigen der G8-Staaten.¹⁰ Zum anderen haben die G8-Staaten vor diesen Ländern jahrzehntelang ungebremst Treibhausgase emittiert. Deshalb tragen zunächst die G8-Staaten die Hauptverantwortung, bis zu einem späteren Zeitpunkt – etwa wenn 2013 ein neues Klimaprotokoll (Kyoto+) in Kraft tritt – auch die »G8 + 5«-Staaten stärker einbezogen werden müssen.¹¹

Um die rund 30 Milliarden Euro für den weltweiten Wald- und Urwaldschutz zu ermöglichen, fordert Greenpeace, dass jeder G8-Staat von 2009 bis 2013 pro Jahr rund 2 Milliarden Euro für den Urwaldschutz bereit stellt. Deutschland sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und die Initiative ergreifen.

8 <http://www.cbd.int><http://www.cbd.int>

9 G8: USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Kanada, Rußland, Großbritannien und Italien.

10 Der CO₂-Pro-Kopf-Ausstoß beträgt in den USA derzeit rund 20 Tonnen, in Deutschland 10, in China 4 und in Indien 1,2 Tonnen.

11 Die 5 Staaten bei "G8 + 5" sind: China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika.

Kanzler-Initiative für Urwald- und Klimaschutz

4

Im Mai 2008 findet die **9. Vertragsstaaten-Konferenz der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity–CBD) in Bonn** statt. Die wichtigste Arten- und Naturschutzkonferenz der Welt wird erstmals in Deutschland tagen. Die Bundesregierung übernimmt für zwei Jahre die Präsidentschaft der Biodiversitäts-Konvention. Schwerpunkte des Bonner Gipfels sind die Themen Wälder, Agrobiodiversität, die Finanzierung von Biodiversitätsschutz und der Umgang mit genetischen Ressourcen. Doch die UN-Konvention steckt in einer tiefen Krise, die Verhandlungen sind festgefahren. Entwicklungs- und Schwellenländer wie Brasilien weigern sich, internationale Regeln zum Schutz ihrer Wälder, über Landwirtschaft und Agrotreibstoffe oder über illegalen Holzeinschlag zu akzeptieren. Sie pochen auf nationale Souveränität und verlangen mehr Geld von den reichen Ländern des Nordens.

Die Biodiversitäts-Konferenz in Bonn droht zu scheitern. Sollte dies geschehen, kann auch das 2010-Biodiversitätsziel der UN nicht mehr erreicht werden. Auf den Vorkonferenzen 2007 und 2008 wurde offensichtlich, dass es ohne ein Eingreifen auf Ebene der Minister und Regierungschefs keine Fortschritte geben wird. Die deutsche CBD-Präsidentschaft hat deshalb eine herausragende Verantwortung, die CBD als einzige völkerrechtlich verbindliche Konvention zum Schutz der Lebensgrundlagen vor dem Abstieg in die Bedeutungslosigkeit zu bewahren.

Mit einer Initiative zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl 1991 einen Meilenstein gesetzt. Doch auch dieses Programm war bei weitem nicht ausreichend, um die Waldvernichtung im Amazonas aufzuhalten, die Ende 2007 einen neuen Höchststand erreicht hat. 17 Jahre nach dieser Initiative ist deshalb eine neue Kanzler-Initiative nötig. Hierfür sind zwei Punkte zentral:

- > Der Schutz des Lebens auf der Erde und der Klimaschutz dürfen nicht länger nebeneinander und ohne Verbindung angegangen werden. Wer den Klimawandel aufhalten will, muss auch die Urwaldvernichtung bremsen.
- > Ohne ein zusätzliches, massives finanzielles Engagement der Industriestaaten, das bereits 1992 zugesagt und 2004 erneut versprochen wurde, ist das Herzstück der CBD, die Einrichtung von weltweiten Schutzgebieten und deren nachhaltige Nutzung, zum Scheitern verurteilt.

Der Zusammenhang zwischen Entwaldung und Klimawandel wird auch in einer anderen UN-Konvention, der Klimakonvention, diskutiert. Auf der UN-Klimakonferenz in Bali wurde beschlossen, ab 2008 Verhandlungen darüber zu führen, wie man walddreiche Länder finanziell entschädigen könnte, wenn sie im Gegenzug auf die Abholzung ihrer Wälder verzichten. Die Klimaverhandlungen sollen den Waldschutz auch mit dem Emissionshandel verbinden. Doch bis hierfür ein funktionierendes System gefunden ist, werden noch Jahre vergehen, denn erst 2013 tritt eine neue Fassung des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz in Kraft. Das bedeutet, dass für die kommenden fünf Jahre derzeit kein Instrument vorhanden ist, um die weltweite Waldvernichtung durch finanzielle Anreize deutlich zu reduzieren.

Die »**Kanzler-Initiative zur Rettung der Urwälder und des Klimas**« sollte entsprechend folgende Elemente enthalten:

- > Die Bundeskanzlerin ruft die Industriestaaten zur COP9 der CBD auf, eine **konzertierte finanzielle Initiative** zu starten, um die überfällige Umsetzung der CBD-Beschlüsse zu finanzieren. Dabei soll als Priorität der **Schutz der Urwälder** angegangen werden, um ein Maximum an Arten- und Klimaschutz zugleich zu realisieren.
- > Die **G8-Industriestaaten** verpflichten sich im Rahmen dieser Initiative, ab **2009 bis 2013** jährlich rund 15 Milliarden Euro für den Stopp der Entwaldung und die Einrichtung von Waldschutzgebieten aufzubringen. Das ist die Hälfte der für den Waldschutz nötigen 30 Milliarden: die G8-Staaten sind für rund die Hälfte aller Treibhausgasemissionen verantwortlich, daher sollten sie auch die Hälfte der Gelder aufbringen. Das bedeutet ein finanzielles Engagement für **jeden der G8-Staaten von rund zwei Milliarden Euro pro Jahr**. Norwegen verkündete auf der Klimakonferenz in Bali die Bereitstellung von 2,5 Milliarden Euro für den globalen Wald-

schutz, und auch Großbritannien und Japan wollen hierfür offenbar Milliardenbeträge bereit stellen. Als Gastgeber und Präsident der CBD sollte Deutschland diese Initiativen bündeln und eine Vorreiterrolle einnehmen.

- > Die G8-Staaten sollten diesen Beitrag in jedem Fall bis Ende 2012 leisten. Bis dann sollte das weltweite Schutzgebietsnetz eingerichtet sein. Ab 2013 kommen eventuell neue Milliarden aus dem Klimaprozess dazu: Greenpeace schlägt vor, dass ein fester Anteil der Erlöse aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten in einen Fonds geht, der Entwicklungsländer finanziell entschädigen kann, wenn sie sich national zu einem Stopp der Entwaldung verpflichten und dies glaubhaft nachweisen.
- > Nach der Ankündigung durch Deutschland auf der CBD könnte die Kanzler-Initiative dann auf dem **G8-Gipfel in Japan im Juli 2008** offiziell beschlossen werden. Deutschland erklärt sich als Initiator der Initiative auf der CBD bereit, seinen Anteil ab 2009 bereit zu stellen.
- > Die Gelder werden **je zur Hälfte** sowohl in der **bilateralen Zusammenarbeit** als auch in einem **Urwald-Fonds** unter Verwaltung der Vereinten Nationen angelegt, der nach festen Kriterien die walddreichen Entwicklungsländer für den Verzicht auf Entwaldung entschädigt und die Einrichtung von Schutzgebieten finanziert. Die UN-Klimakonvention und die UN-Biodiversitäts-Konvention müssen hierbei Hand in Hand arbeiten.

Dreifacher Nutzen für Umwelt und Klima

Nach aktuellen Berechnungen im Auftrag von Greenpeace vergibt die Bundesregierung pro Jahr umwelt- und klimaschädliche Subventionen in Höhe von **rund 36 Milliarden Euro**. Angesichts dieser Zahl wird deutlich, dass keine zusätzlichen Haushaltsmittel nötig sind, um zwei Milliarden Euro pro Jahr für den Urwaldschutz bereit zu stellen. Vielmehr sollten für den »Klimaschutz durch Urwaldschutz« auch vorrangig klimaschädliche Subventionen abgebaut werden. Dadurch steht nicht nur ausreichend Geld bereit, sondern es wird ein mehrfacher Nutzen für Umwelt und Klima erzielt.

Die Berechnungen im Auftrag von Greenpeace zeigen auf, wie durch wenige Maßnahmen bereits 2 Milliarden Euro generiert werden können.

- > **Abschaffung der Mineralöl-Steuerbefreiung für Kerosin auf Inlandsflüge:** mindestens 395 Mio. Euro (die faktische Subventionshöhe dürfte um ein Vielfaches höher liegen). Hierfür genügt ein Beschluss des Bundestages.
- > **Einführung der Mehrwertsteuer auf Auslandsflüge:** 600 Millionen Euro. Hierfür genügt ein Beschluss von Bundestag und Bundesrat.
- > **Stufenweise Anhebung der Dieselsteuer** um jährlich 4 Cent pro Liter auf das Niveau von Benzin: rund **1,3 Milliarden Euro**. Auch hierfür genügt ein Beschluss des Bundestages.

Natürlich könnte die Bundesregierung auch weitere bzw. andere klimaschädliche Subventionen abbauen, z.B. die Subventionierung von privat genutzten Dienstwagen (500 Mio. Euro p.a.), die Entfernungspauschale (1 Mrd. Euro p.a.), oder die zahlreichen, milliarden schweren Begünstigungen bei den Energiesteuern. **Insgesamt könnten fast zehn Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen des Bundes kurzfristig abgebaut werden.**

Allein durch die von Greenpeace vorgeschlagenen drei Maßnahmen könnte die Bundesregierung bereits mehr als die nötigen 2 Milliarden Euro pro Jahr für den Urwaldschutz generieren.

¹² Alle Zahlenangaben im Folgenden aus: Förderverein Ökologische Steuerreform: Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes. Kurzstudie im Auftrag von Greenpeace Deutschland, März 2008 (im Druck)

Der Einsatz dieser Gelder für Urwaldschutzgebiete **hätte einen dreifachen Nutzen für Umwelt und Klima:**

- 1.) Die vorgeschlagenen Maßnahmen selbst würden zur CO₂-Reduktion beitragen
- 2.) Die Verwendung der Gelder für Urwaldschutzgebiete würde massive CO₂-Emissionen durch Entwaldung verhindern, indem die Wälder und ihre Böden als Kohlenstoffspeicher erhalten bleiben.
- 3.) Neben der CO₂-Reduktion würde die einzigartige Biodiversität und die »Ökodieleistungen« der Urwälder erhalten und Lebensräume gesichert werden.

6

Ergänzend könnten die Gelder auch aus dem CO₂-Emissionshandel gewonnen werden. Ab 2013 sollten Emissionszertifikate durch den Staat nicht mehr verschenkt, sondern zu 100 % versteigert werden. Industriestaaten wie Deutschland müssten sich bereit erklären, 20 % ihrer künftigen Auktionierungserlöse (entsprechend dem 20 %-Anteil der Entwaldung an den weltweiten CO₂-Emissionen) bereits jetzt in einen Urwald-Fonds einzuzahlen. Die Zahlungen könnten diesen Staaten dann ab 2013 im Kyoto-Folgeprozess gutgeschrieben werden.

Fazit: 2 Milliarden pro Jahr für den Urwaldschutz sind keine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens! »Die Kassen sind leer« ist eine Ausrede, die angesichts der globalen Bedrohung des Klimas und der biologischen Lebensgrundlagen nicht hingenommen werden darf.

Wo und wie soll das Geld eingesetzt werden?

Die Gelder sollen vor allem in den Regionen der letzten intakten Urwälder verwendet werden, die am stärksten durch Brandrodungen und Plantagenanbau gefährdet sind. Das sind der brasilianische **Amazonas**, **Indonesien** und die Länder des **Kongobeckens**. Indonesien und Brasilien rangieren allein durch die Urwaldzerstörung auf Rang drei bzw. vier der globalen CO₂-Emittenten, gleich nach den USA und China.

Das Geld wird für Satellitenüberwachung, Kartierung sowie die Überwachung vor Ort gebraucht. Das Ablösen von Konzessionen für den Naturschutz ist ein wesentliches Element. Durch Fortbildung und Ausrüstung von Rangern und ein Monitoringsystem, das die lokale Bevölkerung mit einbezieht, können Gesetze und Verordnungen überwacht und durchgesetzt werden. Vor allem müssen für die im Wald lebenden Gemeinden, die meist sehr arm sind, auch finanzielle Anreize geschaffen werden. Erst dann können sie davon überzeugt werden, auf Erträge aus Entwaldung, Holzverkauf und anschließender Landwirtschaft zu verzichten.

Greenpeace hat bereits für den **Amazonas** 2007 gemeinsam mit anderen Organisationen und Bundesstaaten einen Plan vorgelegt, der die Entwaldung bis 2015 stoppen könnte. Für dessen Einzelmaßnahmen würden etwa 400 Millionen Euro öffentlicher und privater Gelder pro Jahr benötigt.¹³ Ein Spendenfonds für den Schutz des Amazonaswaldes oder ein „Amazon Governance Fund“ soll – gebunden an die Erfüllung der Bedingungen des Abkommens – die Verteilung der Gelder an die Staaten und sozialen Akteure regeln. Die Wirtschaftsstudie empfiehlt außerdem, den Fonds unter die Schirmherrschaft der BNDES (Brazilian Bank of Economic and Social Development) zu stellen, da diese sowohl in Brasilien als auch im Ausland sehr anerkannt ist. Der Fonds sollte darauf abzielen, das Management der Wälder zu stärken und die Umsetzung und Verwaltung von Schutzgebieten zu vergüten. Programme zur sozio-ökologischen Entwicklung auf dem Land der indigenen Völker und traditioneller Bevölkerungsgruppen sowie nachhaltige ländliche Entwicklung sollten gefördert werden.

Die Fonds würden sowohl aus öffentlichen als auch aus privaten Geldern gespeist. Private Gelder würden vornehmlich aus externen Quellen (Kohlenstoffmarkt), von großen nationalen Firmen oder von anderen institutionellen Investoren kommen. Die öffentlichen Gelder würden hauptsächlich aus

¹³ Diese Zahl beruht auf Quellen aus dem Report „Economic Basis of the Agreement on Acknowledging the Value of the Forest and Ending Amazon Deforestation“, der von einer Gruppe renommierter Ökonomen erstellt wurde. Dazu gehören: Amir Khair, Carlos Eduardo Frickmann Young, Luis Afonso Simoens and Vivian Macknight.

www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/amazon-deforestation-agreement.pdf

dem Bundeshaushalt der Regierung stammen. Das projizierte Wachstum Brasiliens würde der Regierung zusätzliche Einnahmen bringen, die in den Schutz der Umwelt investiert werden sollten. Auch die Amazonas-Staaten könnten bei der Finanzierung helfen. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, könnte die Erhebung einer „Klima-Verschmutzungssteuer“ auf Bundesebene sein, deren Einnahmen den Amazonas-Staaten zukommen könnten.

Die vorgeschlagene Struktur des Fonds zur Verwaltung der öffentlichen Ressourcen muss mit allen bestehenden Gesetzen und Verordnungen konform gehen. Bezüglich der privaten Ressourcen überlässt das Abkommen jedem Staat die eigenverantwortliche öffentliche Verwaltung.

7

Wer garantiert, dass das Geld auch gut verwendet wird?

Staatliche und zivilgesellschaftliche Projektträger auf nationaler und internationaler Ebene haben viele Erfahrungen gesammelt, um sicherzustellen, dass Projektgelder gut vor Ort ankommen. Eine Bedingung muss sein, dass die Industriestaaten die Rechte von lokalen Gemeinschaften beachten, ebenso wie die Rechte der in den Schutzgebieten lebenden (Ur-)Bevölkerung. Ihre Vertreter müssen bei den Verhandlungen über die Gestaltung von Schutzgebieten dabei sein und volle Mitentscheidungsrechte haben.

Auf UN-Ebene wurde 1991 die „Global Environment Facility“ (GEF) eingerichtet, die die Umsetzung der drei Rio-Konventionen – Klima, Biodiversität und Wüstenbildung – unterstützen sollte, darunter auch die Finanzierung nachhaltiger Projekte zum Schutz der Biodiversität in einzelnen Entwicklungsländern. Allerdings zeigt sich, dass die Abwicklung von Projektanträgen sehr regierungslastig ist und mit einer durchschnittlichen Projektgenehmigungs-Dauer von über fünf Jahren viel zu lange dauert. Gute Erfahrungen konnten nur mit kleinen Projektanträgen und mit zivilgesellschaftlichen Projektträgern gemacht werden. Dadurch konnten die Verwaltungskosten verringern und Korruption verhindern werden.

Um Schutzgebiete langfristig zu finanzieren, konnten gute Erfahrungen mit Trustfonds gemacht werden.¹⁴ Aber es gibt auch andere Modelle von Direktfinanzierungen, bei denen zwischen Gebern und Empfängern Kriterien für Schutzgebiete vereinbart werden. Die langjährigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit von verschiedenen Entwicklungshelfern, Umweltorganisationen, der Zivilgesellschaft und Institutionen können hierbei sehr hilfreich sein.

Greenpeace fordert:

- > **Urwaldschutz ist mehr als Naturschutz und muss als wichtiger Teil des Klimaschutzes mit höchster politischer Priorität angegangen werden.**
- > **Als Gastgeberin der 9. Vertragsstaaten-Konferenz der UN-Biodiversitätskonvention CBD im Mai 2008 muss die Bundesregierung eine Vorreiterrolle beim Urwaldschutz einnehmen und das drohende Scheitern der Konvention durch eine politische Initiative verhindern.**
- > **Deutschland und die G8-Staaten müssen pro Jahr jeweils 2 Milliarden Euro für den Urwaldschutz bereit stellen. Bundeskanzlerin Merkel muss dieses finanzielle Engagement auf der CBD-Konferenz in Bonn zusagen.**
- > **Auf dem UN-Biodiversitätsgipfel sollte die Kanzlerin dafür eine »Kanzler-Initiative zur Rettung der Urwälder und des Klimas« starten. Diese soll erreichen, dass die G8-Staaten die jährlichen rd. 15 Mrd. Euro für den Urwaldschutz von 2008 bis 2013 verbindlich zusagen. Dies könnte bereits auf dem G8-Gipfel im Juni 2008 in Japan beschlossen werden.**
- > **Deutschland kann die 2 Milliarden für Urwald- und Klimaschutz durch den Abbau von klimaschädlichen Subventionen besonders im Verkehrsbereich generieren, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten.**

¹⁴ Vgl. hierzu die Greenpeace-Studie: Pita A. Verweij & Michiel de Man, We can not afford more biodiversity loss, the urgency of protected area financing, The Netherlands, December 2005

DREIFACHER NUTZEN: SCHÄDLICHE SUBVENTIONEN STREICHEN UND IN URWALDSCHUTZ INVESTIEREN¹

Steuerbefreiung des Kerosins im Flugverkehr

1.) Was wird subventioniert?

Für den gewerblichen Flugverkehr im Inland wird keine Mineralölsteuer auf Kerosin erhoben. Dies schließt die Beförderung von Personen, Sachen und die Erbringung von Dienstleistungen ein.

2.) Warum ist die Subvention umweltschädlich?

Das Flugzeug ist das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs übersteigen schon lange die aller weltweit genutzten LKWs. Außerdem führt nach Angaben des Intergovernmental Panel on Climate Change die Verbrennung von Kerosin in großer Höhe zu einer zwei- bis viermal stärkeren Treibhauswirkung als die gleiche Menge am Boden abgegebenen Schadstoffe. Dabei wächst der Flugverkehr unter allen Verkehrsträgern am stärksten (in den neunziger Jahren um 88,9% alleine über Deutschland).²

3.) Wie teuer ist die Subvention?

Der Subventionsbericht der Bundesregierung gibt den Wert der Kerosinsteuerbefreiung auf Inlandsflügen mit

395 Mio. Euro

im Jahr 2007 an. Laut Mineralölsteuerstatistik wurden in Deutschland 2005 jedoch insgesamt 13,345 Mrd. Liter Luftfahrtbetriebsstoffe getankt. Die Steuerbefreiung hat also insgesamt einen Wert von 8,73 Mrd. Euro, wenn der im privaten Flugverkehr (und auf bleifreies Benzin) geltende Steuersatz von 65,45 Cent/l angesetzt wird. Für 2006/2007 existieren in der Energiesteuerstatistik derzeit keine Angaben. Daten zum Inlandsabsatz des Mineralölwirtschaftsverbands ist aber ein Verbrauchsanstieg von jeweils rund 5% in 2006 und 2007 zu entnehmen; in dieser Größenordnung dürfte auch der Absatz des unversteuerten Kerosins gestiegen sein.

4.) Wie könnte die Subvention kurzfristig abgebaut werden?

Der für den privaten Flugverkehr geltende Steuersatz von 65,45 Cent/l wird auch auf den gewerblichen Flugverkehr im Inland erhoben.

5.) Wie ist die Rechtslage?

Die europäische Energiesteuer-Richtlinie enthielt noch bis 2003 ein Verbot der Besteuerung von Kerosin für den gewerblichen Flugverkehr. Dieses Verbot ist aber mit dem Inkrafttreten der neuen EU-Energiesteuerrichtlinie am 1. Januar 2004 entfallen. Die Einführung einer Kerosinsteuer auf Inlandsflüge bedarf also nur noch der Zustimmung des Bundestages; auch der Verbrauch auf Flügen zwischen EU-Mitgliedstaaten kann bei Zustimmung der betroffenen Staaten besteuert werden. Vor einer Besteuerung von internationalen Flügen müsste das Abkommen von Chicago verändert und das Einvernehmen in der EU hergestellt werden.

6.) Quelle

a) Subventionstitel: „*Steuerbegünstigung für Energieerzeugnisse, die im inländischen Flugverkehr verwendet werden*“ (21. Subventionsbericht der Bundesregierung, Anlage 2, Lfd. Nr. 79)

b) Rechtsgrundlage: § 27 Abs. 2 EnergieStG;

§ 14 Abs. 2 der europäischen Richtlinie 2003/96/EG DES RATES vom 27. Oktober 2003 zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom.

1 Auszüge aus der Studie "Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes"; Florian Prange, Bettina Meyer, Jochen Ahlswede. Kurzstudie des Förderverein Ökologische Steuerreform im Auftrag von Greenpeace, April 2008.

2 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: 3. Nationalbericht zum Klimaschutz an das Klimasekretariat der Vereinten Nationen. Berlin 2002, Seite 26.

Mehrwertsteuerbefreiung für Auslandsflüge

1.) Was wird subventioniert?

Im Luftverkehr ist die grenzüberschreitende Personenbeförderung von der Mehrwertsteuer befreit.

2.) Warum ist die Subvention umweltschädlich?

Das Flugzeug ist das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Die Kohlenstoffdioxid-Emissionen des Luftverkehrs übersteigen schon lange die aller weltweit genutzten LKW. Außerdem führt nach Angaben des Intergovernmental Panel on Climate Change die Verbrennung von Kerosin in großer Höhe zu einer zwei- bis viermal stärkeren Treibhauswirkung als die gleiche Menge am Boden abgegebenen Schadstoffe.

3.) Wie teuer ist die Subvention?

Diese Steuervergünstigung ist nicht im Subventionsbericht aufgeführt. Nach Schätzungen der Bundesregierung³ aus dem Jahre 2003 würde die Einbeziehung des inländischen Anteils mit dem damals geltenden Mehrwertsteuersatz von 16 % zu Mehreinnahmen in Höhe von ca. 500 Mio. Euro pro Jahr führen. Auf Basis dieser Schätzung betragen die Mehreinnahmen bei dem heute geltenden Mehrwertsteuersatz von 19% rund.

600 Mio. Euro

Würde nicht nur der inländische Anteil der Tickets der internationalen Personenbeförderung, sondern der gesamte Ticketpreis mit dem Regelsatz der Mehrwertsteuer belastet, so entstünden nach Angaben des Umweltbundesamtes Mehreinnahmen in der Größenordnung von 1,8 Mrd. Euro.

4.) Wie könnte die Subvention kurzfristig abgebaut werden?

Für die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Luftverkehr sollte zumindest auf den inländischen Anteil der volle Satz der Mehrwertsteuer erhoben werden. Zugleich sollten die Verhandlungen auf EU-Ebene wieder aufgenommen werden mit dem Ziel einer EU-weiten Einbeziehung der Personenbeförderung in die Mehrwertsteuer. Dies ist jedoch mit Blick auf das Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen und die gescheiterte Initiative der damaligen rot-grünen Bundesregierung in 2002/2003 wenig aussichtsreich.

Außerhalb der Fragestellung dieses Papiers sei deshalb auf die Alternative einer Steuer auf Flugtickets verwiesen, wie sie u.a. Großbritannien, Frankreich und demnächst auch die Niederlande erheben. Eine Tickettax ist eine rechtlich leichter umsetzbare, gute Alternative zur Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung von Flugtickets. Während bei der Mehrwertsteuer zunächst nur der inländische Anteil der Flugtickets besteuert werden könnte, könnte eine Tickettax über eine Staffelung nach der Flugart (Inlandsflüge, Flüge zwischen EU-Staaten sowie EU-grenzüberschreitende Flüge) zumindest grob nach der Flugentfernung gestaffelt werden.

5.) Wie ist die Rechtslage?

Für eine Änderung der Mehrwertsteuer ist die Zustimmung des Bundestages und Bundesrates erforderlich. An der fehlenden Zustimmung des Bundesrates scheiterte bereits eine entsprechende Initiative der rot-grünen Bundesregierung in 2003 im Rahmen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes.

6.) Quelle

Rechtsgrundlage: § 4 Nr. 2 UStG

³ Bundesregierung: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, Edeltraud Töpfer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU. Auswirkungen der geplanten Besteuerung grenzüberschreitender Flüge auf die Tourismuswirtschaft, Drucksache 15/325, Berlin 2003, Frage 10

Steuererleichterung für Diesel gegenüber Benzin

1.) Was wird subventioniert?

Bleifreies Benzin wird mit einem Satz von 65,45 Cent/l besteuert. Dagegen liegt der Steuersatz für Diesel bei 47,04 Cent/l. Letzterer Kraftstoff wird also durch eine Differenz von 18,41 Cent/l steuerlich begünstigt.

2.) Warum ist die Subvention umweltschädlich?

Die Emissionen von Dieselfahrzeugen enthalten einen höheren CO₂-Anteil als die von Benzinverbrauchern und begünstigen so besonders den Treibhauseffekt. Darüber hinaus sind diese Emissionen - insbesondere Russpartikel - ca. 18-mal so krebserregend wie die von Ottomotoren⁴

3.) Wie teuer ist die Subvention?

Im Jahr 2006 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 33,4 Mrd. Liter Diesel versteuert. Bei einer Steuerdifferenz von 18,41 Cent/l ergibt sich ein Steuerausfall von

6,15 Mrd. Euro

im Jahr 2006. Bei energetisch gleich hoher Besteuerung von Benzin und Diesel müsste der Steuersatz sogar bei rund 72 Ct/l liegen.

4.) Wie könnte die Subvention kurzfristig abgebaut werden?

Bei einer vollständigen Angleichung der Dieselsteuer an den Steuersatz auf bleifreies Benzin ist auch im Bereich der Kfz-Steuer eine Gleichbehandlung von Diesel- und Benzin-Pkw erforderlich. Mit Blick auf die LKW-Maut ist zudem eine Erhöhung der Dieselsteuer nur für den nicht von der Maut erfassten Verbrauch zu prüfen. Aufgrund des bestehenden Problems des Tanktourismus kann kurzfristig keine volle Angleichung erfolgen. Es wird daher in der Kurzfristliste eine Anhebung der Dieselsteuer um zunächst 8 Ct/l vorgeschlagen. Dies entspricht einer Summe von 2,67 Mrd. Euro.

5.) Wie ist die Rechtslage?

Eine Veränderung der Mineralölsteuer als Bundessteuer bedarf einzig der Zustimmung des Bundestages.

6.) Quelle

a) Berechnung des Subventionsvolumens:

Statistisches Bundesamt auf der verfügbaren Zahlengrundlage von 2006, eigene Berechnung

b) Rechtsgrundlage:

§ 2 Abs. 1 Nr. 4 EnergieStG

4 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.: Das BUND-Subventions-Dossier. Vorschläge zum Abbau umweltschädlicher Subventionen. Berlin 2003, S. 5

Herausgeber: Greenpeace e.V.

Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg

V.i.S.d.P.: Stefan Krug

Tel: 040 306 18-0, Fax: 040 306 18-100

mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de

Politische Vertretung Berlin

Marienstr. 19 - 20, 10117 Berlin

T 030.308899-29

Gestaltung:

fliegendeTeilchen, Berlin

Bild Umschlag:

*Brandrodung im Amazonas
(Mato Grosso)*

© Greenpeace / Mauthe

Bild Rückseite:

Brennender Urwald

© Greenpeace / Mauthe

Stand 04/08

